

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 114. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 25. Februar 2016

1. Abgeordnete

**Bettina Brück,
Alexander Fuhr,
Johannes Klomann,
Benedikt Oster,
Marc Ruland und
Thorsten Wehner (SPD)**

Tag der Berufs- und Studienorientierung

Zum 1. Februar 2016 startete die Initiative „Zukunft läuft – kompetent in eigener Sache“, die den „Tag der Berufs- und Studienorientierung“ mit seinen verbindlichen Elementen als neues Zukunfts-Beratungsangebot festschreibt. Davon werden ca. 52 000 Schülerinnen und Schüler in allen Realschulen plus, Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen gleichermaßen profitieren. Zur Unterstützung wurde auch eine App „Zukunft läuft“ entwickelt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Start der Kampagne „Zukunft läuft – kompetent in eigener Sache“?
2. Wie unterstützt die App die Berufs- und Studienorientierung der Schülerinnen und Schüler?
3. Welche weiteren Entwicklungsschritte sind geplant?

2. Abgeordnete

**Adolf Kessel,
Matthias Lammert und
Christian Baldauf (CDU)**

Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf die Länder Marokko, Algerien und Tunesien

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung zum Konzept der sicheren Herkunftsstaaten?
2. Sieht die Landesregierung, dass durch die Ausweitung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten die Asylverfahren verkürzt, die Anreizeffekte reduziert und die Rückführungen erleichtert werden können?
3. Welche Position nimmt die Landesregierung hinsichtlich der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf die Länder Marokko, Algerien und Tunesien ein?
4. Wie wird sich die Landesregierung im Bundesrat zu dieser Entscheidung verhalten?

3. Abgeordnete

Stephanie Nabinger,
Dr. Bernhard Braun,
Dietmar Johnen und
Jutta Blatzheim-Roegler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gefährdung der rheinland-pfälzischen Bevölkerung durch grenznahe belgische Atomkraftwerke

In den Reaktorbehältern der grenznahen belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel wurden bereits 2012 tausende Haarrisse festgestellt. Die belgische Atomaufsichtsbehörde versicherte umgehend, dass hierdurch keine Gefahr für die Sicherheit der Atomkraftwerke ausgehe. Die Grünen im Europaparlament ließen hierzu ein Gutachten erstellen. Demnach kann nicht ausgeschlossen werden, dass es durch den Betrieb zu einer Vergrößerung der Haarrisse kommt. Die Sicherheit für die Menschen der gesamten Region kann somit keinesfalls garantiert werden. Immer wieder kommt es bei beiden Atomkraftwerken zu Zwischenfällen und Pannen. Aufgrund dessen mussten erst vor kurzem Reaktorblock 2 in Tihange und 3 in Doel vom Netz genommen werden. Nachdem die Pannen behoben wurden und diese wieder hochgefahren wurden, traten direkt wieder Zwischenfälle auf.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Sicherheitslage rund um die grenznahen belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel ein?
2. Inwiefern wäre die rheinland-pfälzische Bevölkerung von einer möglichen Nuklearkatastrophe in Tihange und Doel betroffen?
3. Was hat die Landesregierung unternommen, um auf eine dauerhafte Abschaltung der beiden Atomkraftwerke hinzuwirken?

4. Abgeordnete

Alexander Licht und
Hans-Josef Bracht (CDU)

Verkaufsverhandlungen um den Flughafen Frankfurt-Hahn

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem Zusammenhang stand die am 7. August 2014 gegründete und am 21. Oktober 2015 geänderte Firma ADC GmbH mit der Ausschreibung des Flughafens Hahn?
2. Welche geprüften Angebote der Ausschreibung lagen zu welchem Zeitpunkt wem zur Entscheidungsfindung vor?
3. Welche Ergebnisse führten seitens der Landesregierung zu der Aussage im Innenausschuss, dass möglicherweise schon vor dem 13. März 2016 mit konkreten Vertragsabschlüssen gerechnet werden könne?
4. Welche inhaltlichen und zeitlichen Absprachen gab es von Regierungsvertretern und/oder seitens der Vertreter der ausschreibungs begleitenden KPMG mit der Kommission in Brüssel zu den vorliegenden Kaufgeboten?

5. Abgeordnete

Kathrin Anklam-Trapp,
Alexander Fuhr und
Fritz Presl (SPD)

Westpfalzinitiative zur Unterstützung von Langzeitleistungsbeziehern

Mit dem ursprünglich auf zwei Jahre angelegten Modellprojekt Westpfalzinitiative (WIN) beschreiten das Land Rheinland-Pfalz und die Bundesagentur für Arbeit zusammen mit den Jobcentern Pirmasens und Kaiserslautern seit Frühjahr 2014 neue Wege bei der Beratung und Eingliederung von Hartz IV-Empfängern in das Erwerbsleben.

Nach zwei erfolgreichen Projektjahren haben Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthaler und Heidrun Schulz, Leiterin der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit, heute in Mainz gemeinsam mit den Geschäftsführungen der Jobcenter Kaiserslautern und Pirmasens, Günter Andes und Peter Schwarz, die bisherigen Ergebnisse der Initiative vorgestellt und die Verlängerung der Initiative um zwei weitere Jahre verkündet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Zielgruppe nimmt die Westpfalzinitiative in den Fokus?
2. Welche Partnerinnen und Partner sind an der Initiative beteiligt?
3. Welche Ergebnisse konnten bisher durch die Initiative erzielt werden?
4. Inwiefern unterstützt die Landesregierung die Initiative?

6. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Martin Brandl (CDU)

Rheinland-Pfalz hat die älteste Busflotte Deutschlands – erhebliches Potenzial für CO₂-Einsparungen bleibt ungenutzt

Wie aus den jüngsten Gesprächen zwischen Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion, Vertretern des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen und Vertretern von Daimler hervorging, bestehen im Bereich der rheinland-pfälzischen Busflotte erhebliche CO₂ Einsparpotenziale.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie hoch schätzt die Landesregierung das Einsparpotenzial von CO₂-Emissionen durch die Verwendung neuerer, moderner Busse im ÖPNV ein?
2. Wie steht die Landesregierung der Wiederaufnahme eines Förderprogramms zur Anschaffung neuer Fahrzeuge im ÖPNV, die auch die neuesten Euro-Abgasnormen erfüllen, gegenüber?
3. Wie viele Fahrzeuge der rheinland-pfälzischen Busflotte befinden sich derzeit nach Kenntnissen der Landesregierung auf einem klimatechnisch veralteten Standard?

7. Abgeordnete
Daniel Köbler,
Pia Schellhammer,
Anne Spiegel und
Nils Wiechmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rechtsextreme Straftaten in Rheinland-Pfalz

Die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten ist bundesweit 2015 deutlich angestiegen, so auch in Rheinland-Pfalz.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele rechtsmotivierte Taten gab es in den Jahren 2012 bis 2015 in Rheinland-Pfalz (bitte aufschlüsseln nach Landkreisen und kreisfreien Städten)?
2. In welche Delikte gliedern sich diese Taten?
3. Wie hoch ist die Aufklärungsquote?
4. Wie hoch ist die Verurteilungsquote?

8. Abgeordnete
Michael Hüttner und
Fredri Winter (SPD)

Tourismus-Entwicklung im Jahr 2015

Nach aktuellen Angaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz (Meldung vom 22. Februar 2016) verzeichnete die rheinland-pfälzische Tourismusbranche im Jahr 2015 einen neuen Gäste- und Übernachtungsrekord. Laut Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems besuchten 2015 mehr als 9,4 Millionen Gäste das Land. Das waren 3,4 Prozent mehr als im Jahr 2014, das den bisherigen Höchststand markierte. Die Übernachtungszahlen überschritten den bisherigen Spitzenwert von 2011 um 0,8 Prozent und lagen erstmals über der 25-Millionen-Grenze. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Zuwachs von 2,8 Prozent.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Entwicklung der Übernachtungszahlen in 2015?
2. In welchen Monaten wurde im vergangenen Jahr das höchste Gästeaufkommen verzeichnet?
3. Wie schätzt die Landesregierung generell die touristische Entwicklung in Rheinland-Pfalz in 2016 ein?

9. Abgeordnete
Gerd Schreiner und
Wolfgang Reichel (CDU)

Nutzung von Landesmuseen für Partei- und Fraktionsveranstaltungen in Wahlkampfzeiten

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Anfragen wurden seit Januar 2016 von Parteien und Landtagsfraktionen an Landesmuseen gestellt, in den Museumsräumlichkeiten Veranstaltungen durchzuführen?
2. In welchen konkreten Fällen wurden die Anfragen positiv bzw. negativ entschieden?
3. Mit welchen Begründungen wurden die Entscheidungen getroffen?
4. Hat die Landesregierung eine einheitliche Maßgabe für die Vermietung von Räumlichkeiten von Landesmuseen in Wahlkampfzeiten an Parteien und Fraktionen?

- 10. Abgeordnete**
Gerd Schreiner und
Dorothea Schäfer (CDU)
- Schließung des Bücherturms der Universität Mainz aus brandschutztechnischen Gründen**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Seit wann waren der Landesregierung Brandschutzmängel am Bücherturm bekannt?
 2. Für welchen zeitlichen Horizont war eine bauliche Sanierung des Bücherturms bisher geplant?
 3. Welchen Anteil machen die Entflechtungsmittel des Bundes am Hochschulbau des Landes aus?
 4. Für welche Hochschulbauten sieht die Landesregierung in welcher Höhe ebenfalls einen dringenden Sanierungsbedarf?
- 11. Abgeordnete**
Manfred Geis,
Ruth Leppla und
Fritz Presl (SPD)
- Kulturprojekte für Flüchtlinge**
- Um die Kulturschaffenden bei Projekten zu unterstützen, die der kulturellen Bildung von jungen Flüchtlingen dienen oder deren Teilnahme am kulturellen Leben unterstützen, hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur ein neues Förderprogramm in Höhe von 50 000 Euro aufgelegt.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Was sind die Voraussetzungen für eine Landesförderung aus diesem Programm?
 2. Welche Projekte für Flüchtlinge gibt es bereits im Kulturbereich?
- 12. Abgeordneter**
Wolfgang Schlagwein
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz**
- Der Ministerrat verabschiedete Anfang des Jahres 2016 die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Erstmals wurden dabei konkrete Nachhaltigkeitsziele für Rheinland-Pfalz festgelegt.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Was sind die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz?
 2. Aus welchen Überlegungen weist die Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung erstmals Nachhaltigkeitsziele aus?
 3. Was sind die größten Herausforderungen, die sich für das Land aus der Fortschreibung 2015 der Nachhaltigkeitsstrategie ergeben?
 4. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Nachhaltigkeit mit Blick auf die weltweite Flüchtlingsbewegung zu?
- 13. Abgeordneter**
Dr. Peter Enders (CDU)
- Aktuelle Aussagen der Landesregierung zur Zukunft der Krankenhausversorgung**
- In einem Beitrag der Zeitung Pfälzischer Merkur vom 8. Februar 2016 wird kritisiert, dass die Landesregierung „ein schwaches Bild“ abgebe, wenn es um die Zukunft des Gesundheitsstandortes Zweibrücken gehe.
- Ich frage die Landesregierung:
1. Warum hat Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler anlässlich ihres Besuches in Zweibrücken vor einigen Wochen nichts zu der Zukunft der örtlichen Krankenhäuser in Zweibrücken ausgesagt?
 2. Wie weit ist die von Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler im Gespräch mit dem Pfälzischen Merkur angeführte Arbeitsgruppe zur Zukunft der Krankenhäuser in Zweibrücken?
 3. Welche politischen Vorgaben hat es für die Vertreter des Gesundheitsministeriums in dieser Arbeitsgruppe gegeben?
 4. Welche Planungen hat die Landesregierung hinsichtlich des Einsatzes von Fördermitteln zur Sicherung der Krankenhausversorgung in Zweibrücken?

14. Abgeordnete
Michael Hüttner und
Barbara Schleicher-
Rothmund (SPD)

Kooperationsvereinbarung zwischen der TU Kaiserslautern und dem Olympiastützpunkt Rheinland-Pfalz/Saarland

Vertreter der Technischen Universität Kaiserslautern sowie des Olympiastützpunktes Rheinland-Pfalz/Saarland haben am 11. Februar 2016 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, um den Hochleistungssport noch enger mit der Forschung zu verzahnen und Synergien zu schaffen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Kooperationsvereinbarung aus universitärer Sicht?
2. Welche Synergien sind zu erwarten?
3. Wie kann die Region durch diese Zusammenarbeit profitieren?

15. Abgeordnete
Dr. Denis Alt,
Daniel Schäffner und
Thomas Wansch (SPD)

Stand der Konsolidierung des Landeshaushalts

Bis zum Jahr 2020 muss der rheinland-pfälzische Landeshaushalt gemäß der neuen Schuldenregel der Landesverfassung ohne strukturelles Defizit ausgeglichen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie stellt sich der Fortschritt beim Abbau des strukturellen Defizits vor dem Hintergrund des vorläufigen Abschlusses für das Haushaltsjahr 2015 und des 2011 festgestellten Konsolidierungsbedarfs mit Blick auf das im Jahr 2020 zu erreichende Ziel dar?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass das Land gegenüber fremden Dritten im Jahr 2015 Schulden getilgt hat?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die wahrscheinliche zukünftige Entwicklung der Nettokreditaufnahme angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2015 die Zuführungen an den Pensionsfonds noch auf einer inzwischen geänderten alten Gesetzeslage erfolgten?

16. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Dr. Axel Wilke (CDU)

Verschärfung des Stalkingparagrafen zur Verbesserung des Opferschutzes

Wir fragen die Landesregierung:

1. Die Landesregierung hat einen seit dem Jahr 2012 vorliegenden Formulierungsvorschlag des Freistaates Bayern zur Verschärfung des sogenannten Stalkingparagrafen im Bundesrat nie unterstützt, eine entsprechende Ankündigung des Bundesjustizministers Heiko Maas (SPD) jetzt aber begrüßt. Worin liegt der inhaltliche Unterschied beider Initiativen?
2. Ergeben sich nach Auffassung der Landesregierung durchgreifende verfassungsrechtliche Bedenken gegen den entsprechenden Gesetzesantrag des Freistaates Bayern (Bundesratsdrucksache 193/14), insbesondere mit Blick auf das Bestimmtheitsgebot?
3. Wie viele Initiativen im Bereich des Opferschutzes hat die Landesregierung zur Verbesserung der strafrechtlichen Schutzmöglichkeiten und der zivilgerichtlichen Möglichkeiten für Betroffene in der laufenden Wahlperiode im Bundesrat eingebracht (bitte nur Antragstellungen bzw. Mittragstellungen, keine Beitritte zu Initiativen anderer Länder)?
4. Welche Initiativen hat die Landesregierung aus dem Geschäftsbereich „Justiz“ insgesamt in der laufenden Wahlperiode beim Bundesrat eingebracht (bitte nur Antragstellungen bzw. Mittragstellungen, keine Beitritte zu Initiativen anderer Länder)?

17. Abgeordneter
Christian Baldauf (CDU)

Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge

Ich frage die Landesregierung:

1. Seit Ende Dezember 2015 bietet das rheinland-pfälzische Justizministerium Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive an. Gibt es einen einheitlichen und verbindlichen Lehrplan zur inhaltlichen Gestaltung der Unterrichtseinheiten?
2. Wenn nein: Anhand welcher Kriterien bestimmt es sich, welche Lehrinhalte die einzelnen Referenten vermitteln?
3. Inwieweit sind die Referenten gegen Unfälle abgesichert?

18. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Dr. Axel Wilke (CDU)

Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Arbeit im Strafvollzug

In einem Beschluss vom 3. Februar 2016 gibt das Bundesverfassungsgericht Hinweise zur Bedeutung der Arbeit im Strafvollzug und äußert Zweifel an der Vereinbarkeit des LJVollzG mit dem verfassungsrechtlichen Resozialisierungsgebot.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche rechtlichen Folgerungen und Handlungsaufträge ergeben sich für die Landesregierung aus dem Beschluss?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Zweifel des Bundesverfassungsgerichts, dass Resozialisierung von Strafgefangenen im rheinland-pfälzischen Strafvollzug, die nicht arbeiten, hinreichend gewährleistet werden kann?
3. Muss nicht auch aus Sicht der Landesregierung wieder eine Arbeitspflicht in das Gesetz aufgenommen werden, um der Arbeit als Resozialisierungsfaktor den ihr nach dem Verständnis des Bundesverfassungsgerichts zukommenden Stellenwert zu sichern?
4. Hält die Landesregierung das derzeitige Vergütungssystem – ausschließlich monetäre Vergütung – nach den Hinweisen des Bundesverfassungsgerichts noch für verfassungsgemäß?